Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift: Tageblatt Riesa. Fernruf Nr. 20. Postfach Nr. 32.

Das Riesaer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postscheckkonto: Dresden 1530. Girokasse Riesa Nr. 32.

№ 193. Sonnabend, 18. August 1928, abends. 81. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends ½6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorausbezahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Fall des Eintretens von Produktionsverteuerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialienpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 29 mm breite, 4 mm hohe Grundschrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achttägige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlemann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Dr. Stresemann reist nach Paris.

Berlin. (Tel.) **Die deutsche Antwort auf die Einladung des französischen Außenministers Briand zur Teilnahme an der Unterzeichnung des Kelloggpaktes ist am Freitag mittag dem französischen Botschafter in Berlin überreicht worden. Die Antwort enthält die Zusage Dr. Stresemanns.**

Der Reichsaußenminister, der am Sonntag abend von seinem Kuraufenthalt nach Berlin zurückkehrt, wird ohne Begleitung nach Paris fahren.

*

Paris. Der Quai d'Orsay bestätigt, daß die Reichsregierung die französische Regierung amtlich davon unterrichtet habe, daß Reichsaußenminister Dr. Stresemann bei der Unterzeichnung des Kelloggpaktes Deutschland offiziell vertreten werde.

*

* **Berlin.** (Telunion.) Unter der Ueberschrift „Stresemann reist nach Paris" schreibt die „Nationalliberale Korrespondenz" u. a.: Wir haben die Einladung aus guten Gründen angenommen und der deutsche Reichsaußenminister kann jetzt der feierlichen Unterzeichnung nicht fern bleiben, weil sie zufällig in Paris, der Hauptstadt Frankreichs, erfolgt. Der gewesene Stresemann könnte es um so weniger, als Staatssekretär Kellogg die unvergleichlich größere und beschwerlichere Reise über den Ozean nicht scheut. Stresemanns Reise nach Paris, mit der ja nun wohl gerechnet werden muß, bedeutet mit nichten eine Verbeugung vor Paris und Frankreich, noch weniger eine Preisgabe deutscher Würde, sondern nur einen Akt selbständiger und politisch klarer Höflichkeit gegenüber den Vereinigten Staaten. Eine Politik fester Führung, die sich ihre Ziele gesteckt hat, kann sich nicht nach jedem Nadelstich ändern oder preisgeben. Mögen diese Nadelstiche noch so boshaft geführt sein und noch so empfindliche Teile treffen, über Nadelstiche, Entgleisungen, Zwischenfälle oder wie man immer die mit der Besatzung des Rheinlandes im Zusammenhang stehenden höchst unliebsamen Vorkommnisse der letzten Zeit nennen will, brauchen wir uns ja nicht zu beklagen, auch nicht darüber, daß es in Europa immer noch genug Leute und Kräfte gibt, die sie gern zur Vertiefung des deutsch-französischen Gegensatzes ausschlachten. Die deutsche Forderung bleibt Abbau und Abzug der Besatzung. Durch die Zustände, die sie schafft, ist das Schicksal großer europäischer Völker täglich, ja stündlich in die Hände beliebiger oft unverantwortlicher und unreifer Menschen gegeben. Auch wir dürfen nicht übersehen, daß es nicht immer Märtyrer aus tiefer deutscher Not sind, die Zwischenfälle schaffen, sondern daß es hier oft genug nur um Menschliches — allzu Menschliches geht. Das deutsche Volk müßte heute reif genug sein, diese Reise lediglich unter dem ausschlaggebenden Gesichtspunkt des Kellogg-Paktes zu betrachten. Kommt es darüber hinaus in Paris noch zu einer näheren Fühlungnahme zwischen Stresemann und dem französischen Minister, so wäre es jedenfalls nicht vom Uebel.

Spionage.

Wir haben lange zurückzudenken an jene Zeit des Krieges, die uns erkennen ließ, welches Bemühen besonders England zeigte, die Verbindungen des deutschen Handels im Auslande festzustellen. Nach dem Kriege erkannten wir, zu welchem Zwecke die Spionage ins Werk gesetzt war: Lange wurde darauf hingearbeitet, die deutschen Verbindungen im Auslande zu stören und englische an ihre Stelle zu setzen. Hier zeigte sich die Rivalität, hier sah man die eigentliche Ursache des Krieges für England. Deutschland war ein zu großer Konkurrent geworden. Nicht nur daß es industriell einen großen Aufschwung genommen hatte, auch der deutsche Handel begegnete dem englischen gefahrverheißend auf der ganzen Erde. Und obwohl es den Engländern sehr leicht gewesen ist, während des Krieges die bekannten schwarzen Listen aufzustellen und den englischen Handel für den deutschen einzusetzen, begann nach dem Frieden von Versailles dennoch eine Spionage, die nun nicht mehr im Auslande betrieben zu werden brauchte, sondern in Deutschland selbst einsetzte. Es hat zahlreiche Agenten gegeben, die, mit großen Mitteln ausgestattet, es verstanden, deutsche Angestellte zu bestechen und geheime Fabrikationsmethoden, patentamtlich geschützte Fabrikerzeugnisse auszukundschaften. Diese Spionage hing in engem Zusammenhange mit dem vorangegangenen Kampf auf dem Weltmarkt, mit der sogenannten Abwürgung der deutschen ausländischen Verbindungen. Denn in Deutschland hat es immer noch Erzeugnisse gegeben, die in England nicht in dieser Qualität und in dem großen Werte hergestellt werden konnten. Was die Engländer zu bieten vermochten, war nicht voller Ersatz. Diesen Ersatz nunmehr zu beschaffen, war Aufgabe der Spionage. Mancher Deutsche hat für schnöden Mammon deutsche Interessen feilgeboten und in England hat es in den letzten 10 Jahren einen Umbau und eine Vervollständigung der Fabrikation, die in vieler Hinsicht deutlich genug erkennen läßt, daß allein die deutschen Erfahrungen und Erfindungen Grundlage gewesen sind. Man wird zugeben müssen, daß vielfach Lizenzen nach England gingen und auch sonstige, namentlich Trustabkommen, es den Engländern ermöglichten, deutsche Fabrikationsmethoden durchzuführen. Immerhin hat es namentlich bei der deutschen Farbindustrie, obwohl sie auch ein Welttrust geworden ist, Geheimnisse gegeben, die über die Grenze des Landes nicht hinausdurften.

Mit der englischen Haltung haben wir uns abgefunden, und die deutsche Industrie hat es verstanden, entweder durch Abkommen oder durch strengste Bewachung ihrer Fabrikationsmethoden sich zu schützen. Anders liegt die Sache mit Frankreich. Frankreich, ein industriearmes Land, hat mit den schwarzen Listen, die es ebenfalls anlegte, nicht viel anfangen können. Es hatte aber den Ehrgeiz, die französische Industrie zu stärken, und bekundete von vornherein die Absicht, gerade die Industrie zu fördern, die in Deutschland große Bedeutung erlangt hatte und auf dem Weltmarkt konkurrenzlos war. Schon bei den Friedensverhandlungen ließ sich erkennen, wie sehr Frankreich bemüht war, die Besetzung so auszudehnen, daß insbesondere sämtliche großen Farbenfabriken in der Besatzungszone lagen und daß Bestimmungen getroffen wurden, daß auch die großen Unternehmungen der Farbenindustrie im Reich, wie zum Beispiel die Leunawerke, einer militärischen Kontrolle unterzogen werden durften. Angeblich aus Sicherheitsgründen, um die Abrüstung zu kontrollieren, tatsächlich aber, um weitgehenden Einblick in diese geschlossene Industrie zu erhalten. Es ist bekannt, daß die französische Farbenindustrie durch lange Verhandlungen bemüht war, Patente der deutschen Farbenindustrie zu erlangen und eine Zeit sogar von einem Verkauf der großen Farbenwerke in Ludwigshafen-Oppau an französische Interessenten die Rede war. Es ist den Franzosen nicht gelungen, tiefer in die Geheimnisse dieser wertvollen Industrie einzudringen. Aber sie haben nicht geruht, um sie dennoch zu ergründen und zu diesem Zweck ein Spionagesystem aufgebaut, das jetzt aufgedeckt worden ist.

Wie es heißt, selbst unter Drohungen sind Angestellte der Farbenindustrie von den Agenten der französischen Geheimpolizei veranlaßt worden, Werkspionage zu treiben. Dabei hat sich diese Spionage nicht nur auf die im besetzten Gebiet liegenden Werke der Farbenindustrie, sondern auch auf das in Mitteldeutschland dominierende Leunawerk ausgedehnt. Wenn es gelungen ist, dieses Spionagesystem aufzudecken, so kann das vielleicht nur für den Augenblick eine beruhigende Erscheinung sein. Denn es unterliegt keinem Zweifel, daß die großen Mittel und die großen Bemühungen um die Geheimnisse der Farbenindustrie angewandt wurden, weil Frankreich besondere weitgehende Zwecke verfolgt.

Man weiß im Augenblick nicht, ob die Spionage lediglich eine Privatangelegenheit französischer Industrieller ist. Das hat aber nicht den Anschein, denn die Träger der Spionage französischerseits sind angestellte Beamte, und der Leiter, der „Surete" soll in der französischen Regierung aus und ein gehen. Deshalb erlange diese Spionageangelegenheit eine politische Bedeutung. Das auswärtige Amt wird sich mit diesem Vorfall zu beschäftigen haben, einmal, weil die Spionage selbst sich auf innerdeutsche Dinge erstreckt, dann aber, weil Deutsche durch französische Agenten zu Verbrechen veranlaßt werden, und schließlich, weil diese Spionage das Patentabkommen verletzt, das nach den internationalen Verträgen auch für Frankreich bindend ist.

Die Krise des Parlamentarismus.

vbz. **Berlin.** Auf der Tagesordnung der **Interparlamentarischen Konferenz**, die in der nächsten Woche in Berlin zusammentritt, steht an erster Stelle ein **Vortrag des Reichstagsabgeordneten Dr. Wirth** über die **gegenwärtige Entwicklung des parlamentarischen Systems.**

Ein Auszug aus dieser Rede ist den Konferenzteilnehmern bereits jetzt gedruckt vorgelegt worden. Dr. Wirth stellt darin fest, daß in fast allen Ländern eine **„Krisis des Parlamentarismus"** fühlbar sei. Da sich heute an den Staat die Aufgaben in viel größerer Fülle und in viel stärkeren Verflechtungen herandrängten als vor dem Kriege, so gelte es, neue Arbeitsmethoden zu finden, und eine gewisse Dezentralisation durchzuführen, soweit sie mit der einheitlichen Führung der Politik vereinbar sei.

Der Entschließungsvorschlag der Pariser und Prager Sitzungen stellt nun folgende sechs Voraussetzungen für einen gesunden Parlamentarismus zusammen: Eine stabile Mehrheit, Unabhängigkeit des Parlaments von wirtschaftlichen und sonstigen Faktoren, Wahrung des politischen Charakters des Parlaments, Erziehung der öffentlichen Meinung zur Mitarbeit, Dezentralisierung der parlamentarischen Arbeit, Verbesserung der parlamentarischen Technik. Dazu betont Dr. Wirth, daß die Regierungsmehrheit nicht nur einheitlich, sondern auch stabil sein müsse. Er bejaht die Frage, ob es eine allgemein gültige Methode gebe, solche Mehrheiten in politisch natürlicher Weise herbeizuführen und zu erhalten. Für die Ausbildung des politischen Sinnes im Volke gibt es nach seiner Ansicht keine bessere Möglichkeit als den durch Wahlgesetz ausgeübten Zwang, die praktischen Möglichkeiten der Politik von allgemeinen Ideologien und engstirnigem Interessenegoismus zu trennen. Die Mehrheitsbildung des Parlaments sei ohne weiteres gesichert, wenn sie bereits in der Wählerschaft vorausgegangen sei. In verhältnismäßig natürlicher Weise sei das durch das englische Wahlverfahren möglich. Das Primat des Politischen und auch die Unabhängigkeit der Parteien von privaten Interessen in der Wirtschaft sei ein unweigerliches Grunderfordernis für das ersprießliche Funktionieren des parlamentarischen Systems.

Dr. Wirth weist darauf hin, daß in Deutschland der wirklich unabhängige Politiker immer mehr an Boden verliere. Nur durch eine natürliche Beschränkung der Parteien und durch Vermeidung auch des Listensystems bei den Wahlen könnten die Interessenpolitiker zurückgedrängt werden in die Stellung der sachverständigen Ratgeber. Gewiß sei Wirtschaft ohne Politik blind. Andererseits müsse aber auch zugegeben werden, daß Politik ohne Wirtschaft leer sei. Deshalb sollten bei der politischen Willensbildung die Sachverständigen der Wirtschaft mithelfen. Unter einem zerklüfteten Parteisystem habe jede Partei ihre private Lösung ohne die Gewißheit, daß diese nach den Wahlen die Formel einer Mehrheit sein werde. Nach der Wahl habe der Wähler vielleicht die Befriedigung, das Beste getan zu haben, er habe aber keine Garantie dafür, was bei den Verhandlungen unter den Parteien schließlich aus seinem Votum wird. Die letzte politische Entscheidung gebe also nicht der Wähler selbst. Dieses Manko töte jeden wirklichen Fortschritt in der politischen Erziehung parlamentarisch regierter Massen.

Immer wieder müsse daher gefordert werden, die Zahl der Parteien möglichst zu beschränken, so daß bei der Wahlentscheidung nur noch festgestellt werde, wo die Mehrheit sei, so daß aber nicht mehr der Wähler damit rechnen müsse, daß seine Entscheidung nachher im Handel der Fraktionen umgestülpt werde. Die Forderung auf Entlastung des Parlaments erkennt Dr. Wirth an. Er hält es auch für ein Erfordernis des demokratischen Prinzips, daß die öffentliche Gewalt möglichst dezentralisiert werde. Die Wünsche nach einer Verbesserung der parlamentarischen Technik könnten nach seiner Meinung leicht erfüllt werden, wenn sich die einzelnen Parlamente von Zeit zu Zeit selbst prüfen wollten.

Zusammentritt des Kabinetts.

vbz. **Berlin.** Zu der am Sonnabend stattfindenden Fraktionssitzung der Sozialdemokraten im Reichstag werden auch die der Fraktion angehörenden Minister vollzählig erscheinen. Die übrigen Kabinettsmitglieder befinden sich zum Teil noch außerhalb der Reichshauptstadt, ein Termin für die nächste Kabinettssitzung ist daher noch nicht festgesetzt. Dr. Stresemann wird wahrscheinlich am Sonntag aus Oberhof wieder in Berlin eintreffen. Man rechnet damit, daß das **Kabinett dann Mitte der Woche zusammentritt** und auch über die außenpolitische Lage berät. Dr. Stresemann wird sich dann am Sonnabend, den 25. August wahrscheinlich nach Paris begeben, um den Kellogg-Pakt zu unterzeichnen.

Ein neuer Aufruf Coolidges für den Kellogg-Pakt.

)(**Newyork.** Herald Tribune meldet aus Superior (Wisconsin), es verlaute, Präsident Coolidge erwäge einen neuen Aufruf an das Land, in dem er für den Kellogg-Pakt eintreten wird. **Dieser Aufruf soll am Tage der Vertragsunterzeichnung in Paris veröffentlicht werden.** Dieser Schritt werde als ein Anzeichen dafür angesehen, daß die Regierung entsprechend den Ausführungen, die Coolidge am Mittwoch in seiner Rede vor der amerikanischen Legion machte, während der Wahlkampagne der Wählerschaft nachdrücklich die Verdienste ihrer Antikriegspolitik vor Augen führen werde.

Prüfung der Sicherheit der Reichsbahn.

)(**Berlin.** Der **Arbeitsausschuß zur Prüfung der Betriebssicherheit der Reichsbahn** hat am 16. d. M. die Reise zur Besichtigung von Betriebsanlagen und Einrichtungen verschiedenster Reichsbahndirektionsbezirke angetreten. Zunächst hat er am 16. und 17. im Bezirk Erfurt Stationen und Blockstellen, Bahnmeistereien und Betriebswerke besucht, wobei technische Einrichtungen und Dienstverrichtungen der Beamten und Arbeiter geprüft wurden. In Gegenwart von Vertretern der Reichsbahndirektionen sind mit stets zugezogenen Personalvertretungen alle auf die Betriebssicherheit bezüglichen Fragen in eingehenden Verhandlungen gründlich erörtert worden. Im Laufe der Nacht setzte der Ausschuß seine Reise nach anderen Bezirken fort.

Der Reichspräsident in Dietramszell.

* **Dietramszell.** (Telunion.) **Reichspräsident von Hindenburg** traf am Freitag nachmittag um 3.15 Uhr im Auto in Dietramszell ein, wo er von der Schloßherrin, Frau von Schilcher, Vertretern der Behörden, dem Veteranenverein, der Feuerwehr und einer großen Zahl von Sommerfrischlern, begrüßt wurde. Am Spätnachmittag unternahm der Reichspräsident in Begleitung seiner Gastgeber einen fast zweistündigen Spaziergang, um die Schäden zu besichtigen, die das letzte Unwetter in Wald und Feld angerichtet hat.

SLUB Wir führen Wissen.